



## Zur Lage der demokratischen Opposition in Ungarn

HEINZ ALBERT HUTHMACHER

Januar 2012

- Seit dem Regierungswechsel im Frühjahr 2010 wächst in Europa die Furcht um den Bestand von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit in Ungarn. Immer mehr ausländische Beobachter sehen Ungarn unter Ministerpräsident Viktor Orban auf dem Weg in eine autoritäre Demokratie.
- Auch in Ungarn wächst seit Sommer 2011 der öffentliche Protest gegen das »System Orban«. Initiatoren und Träger des sich rasch formierenden Widerstandes sind nicht nur die demokratischen Parteien und Gewerkschaften, sondern neue Zivilorganisationen wie die Facebook-Bewegung »Eine Million für die Pressefreiheit« (1MD) sowie die neue Ungarische Solidaritätsbewegung »Szolidaritas« (SOL).
- Die demokratische Opposition in Ungarn eint bislang lediglich der Wille zur Ablösung Viktor Orbans und seiner »Ein-Parteien-Herrschaft« bei den nächsten Parlamentswahlen 2014. Eine reelle Chance für einen Regierungswechsel in Ungarn besteht aber nur, wenn die demokratische Opposition bestehende Rivalitäten untereinander abbaut, ein möglichst breites politisches und gesellschaftliches Bündnis für Demokratie und Gerechtigkeit eingeht und ihre demokratische Verantwortung zur Zusammenarbeit anerkennt.
- Lassen die demokratischen Kräfte diese Möglichkeit ungenutzt, würde dies vor allem den seit Mitte 2011 wachsenden ungarischen Rechtsextremismus weiter stärken. Dies aber wäre der eigentliche Super-Gau für die ungarische Demokratie.

Ausgestattet mit einer seit der Wendezeit einmaligen Zweidrittel-Mehrheit seiner national-konservativen FIDESZ-Partei versteht der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban seinen historischen Wahlsieg vom April 2010 als »Nationale Revolution«. Sein erklärtes Ziel ist die grundlegende Umgestaltung des Landes nach über acht Jahren »sozialistischer Misswirtschaft und Korruption«. Dazu müsse die »Nachwende-Ära beendet« und die »Tür zum 20. Jahrhundert endlich zugeschlagen« werden, so der engste Orban-Vertraute und FIDESZ-Fraktionschef Janos Lazar. Der politischen Rhetorik folgte seit Sommer 2010 eine Gesetzesflut zur »Rettung der Nation«, die zum Ende des zweiten Jahres der Orban-Regierung das Land tiefgreifend veränderte. Aus Sicht des Premiers war dieser radikale Wandel »sehr erfolgreich«, so Orban in einer Regierungserklärung im Dezember, in der er eine Zwischenbilanz seiner Politik nach 18 Monaten zog.

Die positive Selbsteinschätzung der Regierung wird zum Jahresende 2011 jedoch von immer weniger Ungarn geteilt. Aktuelle Meinungsumfragen im Dezember zeigen: der Politik Viktor Orbans stimmt nur noch jeder Vierte Wahlberechtigte (26 Prozent) zu. Bei der Sonntagsfrage könnte die regierende FIDESZ-Partei heute nur noch mit einer Zustimmung von rund 35 Prozent rechnen. Gegenüber dem Wahlergebnis von 2010 bedeutet dies eine Stimmeneinbuße von immerhin rund 20 Prozent oder mehr als eine Million Wählern. Im Popularitäts-Ranking erzielt Orban derzeit nur noch 31 Prozent und rutschte damit zum Jahresende erstmals auf den dritten Platz ab.

In diesen nüchternen Zahlen spiegeln sich nicht nur die wachsende Enttäuschung vieler Ungarn über die ausbleibende wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die Furcht um den Bestand von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit im Lande wider. Kritiker im In- und Ausland, darunter die EU, die US-Regierung sowie eine Vielzahl internationaler Medien, beobachten den politischen Umbruch dagegen schon seit längerem mit zunehmender Sorge um die Einhaltung gemeinsamer europäischer Normen und Werte sowie um die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung Ungarns. Für viele von ihnen befindet sich Ungarn seit dem Regierungswechsel im April 2010 auf dem Weg in eine autoritäre Demokratie.

Nach Meinung der demokratischen Oppositionsparteien im Parlament (MSZP und LMP), von Gewerkschaften

und Zivilorganisationen, der verbliebenen regierungskritischen Medien sowie namhafter Einzelpersonen schaffe und zementiere das »System Orban« neue Machtstrukturen in Ungarn, die allein der langfristigen Machtabsicherung des FIDESZ dienen, aber die demokratische Entwicklung des Landes nachhaltig beschädigen. Dazu verweisen sie ebenso wie auch liberale und gemäßigt konservative Beobachter auf bisher getroffene Regierungsentscheidungen wie beispielsweise:

- ein neues Mediengesetz und die Einrichtung einer staatlichen Medienbehörde zum Jahreswechsel 2010/2011 mit weitreichenden Kontroll- und Sanktionsbefugnissen gegenüber einer regierungskritischen Medienberichterstattung und der gesetzlichen Handhabe, unbotmäßige Journalisten aus den öffentlich-rechtlichen Medien zu entfernen. Bis zum Jahresende 2011 wurden rund 1000 Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits entlassen,
- eine im Eiltempo und quasi im Alleingang verabschiedete neue, nationalistisch gefärbte »Partei«-Verfassung im Frühjahr 2011, nach der Regierungsentscheidungen in den Rang so genannter »Kardinalsgesetze« erhoben werden, die nur noch mit einer (neuen) Zweidrittel-Mehrheit des ungarischen Parlaments geändert werden können. Sie tritt zum 1. Januar 2012 in Kraft,
- die dauerhafte Besetzung der wichtigsten staatlichen und öffentlichen Organe (z.B. Verfassungsgericht, Rechnungshof, Generalstaatsanwaltschaft, öffentlich-rechtliche Medien sowie im Kultur- und Theaterbetrieb) mit FIDESZ-Vertrauten und einer verlängerten Amtszeit von bis zu neun Jahren,
- die Beschränkung der Rechtsetzungsbefugnisse des ungarischen Verfassungsgerichts in allen Steuer-, Finanz- und Haushaltsfragen,
- die Erhebung von Sondersteuern für Banken und internationale Firmen sowie die schrittweise Verstaatlichung der privaten Rentenkassen im Herbst 2010 und 2011, mit denen geltende Gesetze im Parlament rückwirkend und weitgehend ohne Konsultation mit den Betroffenen geändert wurden,
- die Auflösung des einzigen Konsultationsgremiums für Arbeitnehmerfragen (Landesinteressenabstimmungsrat,

OET), die gesetzliche Einschränkung des Streikrechts sowie die im Dezember 2011 erfolgte Verabschiedung eines neuen Arbeitsgesetzbuches führen zum Abbau bestehender Arbeitnehmerrechte, schränken die Gewerkschaftsaktivitäten in den Betrieben massiv ein und beseitigen traditionelle Formen der Interessenvertretung,

- ein neues Wahlgesetz, das ein Wahlrecht für die rund zwei Millionen Auslandsungarn in den Nachbarstaaten vorsieht und die Hürden für kleine Parteien deutlich anhebt sowie
- ein zum Jahreswechsel 2011/2012 verabschiedetes Gesetz, das die Finanzaufsicht und die ungarische Notenbank zusammenlegt und das nach Meinung der EU, des IWF sowie zahlreicher ungarischer Beobachter die Unabhängigkeit der Notenbank gefährdet und die EZB-Statuten verletzt.

Zudem würden wichtige Regierungsbeschlüsse nur im kleinsten Kreis (»Küchenkabinett Orbán«) vorbereitet und von ausgewählten einzelnen Abgeordneten im Parlament eingereicht, um das parlamentarische Mitspracherecht zu unterlaufen bzw. radikal zu verkürzen – eine seit 2010 gängige FIDESZ-Praxis im Gesetzgebungsverfahren, die kurz vor der Weihnachtspause 2011 per Gesetz erweitert wurde. Danach können Gesetze (nach Zustimmung von zwei Dritteln statt wie bisher vier Fünfteln der Parlamentarier) innerhalb von nur zwei Sitzungstagen und kurzfristig eingebrachte Gesetzesänderungen auch ohne parlamentarische Debatte verabschiedet werden, um – so die offizielle FIDESZ-Begründung – die Gesetzgebung »einfacher und klarer« zu machen.

Nach Monaten der Schockstarre nimmt der öffentliche Protest gegen die Politik Orbáns seit Sommer 2011 deutlich zu. Er verlagert sich von dem bedeutungslos gewordenen Parlament und den überwiegend gezähmten Medien auf die Straßen und erreichte zum Jahreswechsel mit zahlreichen Großdemonstrationen in Budapest eine neue Qualität.

Initiatoren und Träger des sich rasch formierenden Widerstandes gegen die Orbán-Politik sind jedoch weniger die demokratischen Parteien und Gewerkschaften, sondern *neue Zivilorganisationen* wie die Facebook-Bewegung »Eine Million für die Pressefreiheit« (1MD) sowie die neue Ungarische Solidaritätsbewegung »Szolidaritás« (SOL).

Die SOL, die ihren Namen nicht zufällig der polnischen Solidarność entlehnt hat, wurde am 1. Oktober offiziell gegründet und entstand ursprünglich aus einem gewerkschaftlichen Aktionsbündnis gegen die rückwirkende Abschaffung der Frühverrentung von Ordnungskräften. Beiden Bewegungen war es im Herbst allein durch Aufrufe im Internet gelungen, zehntausende Enttäuschte und oppositionelle Stimmen unter dem Motto »Mir gefällt dieses System nicht« zu gemeinsamen Protestaktionen zum Schutz der Demokratie, gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Einschränkung der Pressefreiheit auf die Straßen Budapests zu bringen.

Die neuen gesellschaftlichen Bewegungen verstehen sich als »halbpolitische« zivile Organisationen und als Sprachrohr für die wachsende Anzahl von Bürgern, die sich durch die traditionellen Parteien und Gewerkschaften nicht oder nicht mehr genügend vertreten fühlen. Nach aktuellen Umfragen zum Jahresende sinkt die Zahl der Wahlwilligen dramatisch. Gegenwärtig wollen rund zwei Drittel der Wahlberechtigten in Ungarn überhaupt nicht mehr wählen. Mit anderen Worten: 18 Monate nach dem Wahlsieg Viktor Orbáns ist die Partei der Nichtwähler (»Partei der Apathie«) zur derzeit größten Partei in Ungarn avanciert.

Umso bemerkenswerter erscheint der öffentliche Zulauf der neuen »außerparlamentarischen Opposition« in Ungarn, deren Anhängerschaft sich überwiegend aus Gewerkschaften, Zivilorganisationen und Studenten rekrutiert und die eine Mitgliedschaft in den Parteien entschieden ablehnt. Der bisherige Erfolg der Protestbewegung erklärt sich jedoch nicht allein durch ihre bewusste Abgrenzung von den etablierten und – aus Sicht der Initiatoren – ungläubwürdigen Politikern und Gewerkschaftsführern. Es sind vor allem die neuen und vorwiegend jungen Gesichter an der Spitze wie beispielsweise SOL-Chef Peter Konya, ehemaliger Vorsitzender einer Polizeigewerkschaft, die Spontaneität ihres Protestes, der authentisch erscheint, sowie ihre klaren und allgemeinverständlichen Botschaften, die die neue Protestbewegung in den Augen vieler Bürger attraktiv machen.

SOL und 1MD stehen beide auch für eine neue Widerstandskultur in Ungarn, die klassische Formen der politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung ablehnt und stattdessen auf die seit der Wendezeit unterentwickelte breite zivilgesellschaftliche Mitwirkung setzt. Dabei wollen sie auch politische Alternati-

ven entwickeln (z.B. durch die landesweite Organisation von Rundtisch-Gesprächen und den Ausbau bisher nur punktuell vorhandener Auslandskontakte), ohne allerdings ihre bisherige Organisationsform aufzugeben. Die Gründung einer politischen Partei stehe für sie auf absehbare Zeit nicht auf der Tagesordnung, so die beiden Vorsitzenden von 1MD und SOL in einem FES-Gespräch im November. Gleichwohl werden die neuen ungarischen Bewegungen auf längere Sicht der Frage nicht ausweichen können, wie sie den organisierten Massenprotest lebendig erhalten und von der Straße in die Politik tragen können. Dazu bedarf es weniger abstrakter Forderungen und mehr konkreter programmatischer Alternativen sowie – im Hinblick auf die nächsten Parlamentswahlen – eine klare Positionierung in der Bündnisfrage.

Die eher schwerfällig agierenden und untereinander weiter zerstrittenen *Gewerkschaftsbünde* sehen die neuen gesellschaftlichen Bewegungen überaus kritisch. Für sie ist die Protestbewegung kein in die Gesellschaft verlängerter Arm, sondern ein bedrohlicher Konkurrent bei der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen. Die insgesamt sechs Konföderationen setzen dabei weiter auf die klassischen Methoden des Arbeitskampfes, die im »System Orban« jedoch nur wenig Druckpotenzial entfalten können. Für den ungarischen Premier sind die Gewerkschaften kein Partner auf Augenhöhe, sondern die Vertreter eines alten Systems. Dies zwingt die Gewerkschaftsbünde mehr und mehr zu taktischen Alleingängen, um der Regierung auf diese Weise zumindest einige politische Zugeständnisse abzuringen.

Die Verhandlungen zum neuen Arbeitsrecht im Herbst 2011 haben jedoch gezeigt, dass sich mit dieser Strategie allenfalls kosmetische Änderungen am arbeitnehmerfeindlichen Gesetzentwurf der Orban-Regierung erreichen lassen. Für diese Gewerkschaftspolitik der alleinigen Schadensbegrenzung haben die Gewerkschaften zudem einen hohen Preis bezahlt. Die am 2. Dezember vollzogene Vereinbarung zum neuen Arbeitsrecht zwischen Regierung und drei der sechs Konföderationen hat die ohnehin bestehende Spaltung der ungarischen Gewerkschaftsbewegung weiter vertieft. Dieses Abkommen, so der Gewerkschaftsexperte Rainer Girndt, habe »einmal mehr gezeigt, dass Ungarns Gewerkschaften, so sehr sie auch in ihren Forderungen übereinstimmen, sich dennoch schwer tun, geschlossen und einheitlich aufzutreten. Der überdehnte ungarische

Gewerkschaftspluralismus provoziert geradezu konkurrierendes Verhalten und die damit verbundenen Rivalitäten und Konflikte« (*Rainer Girndt, Neues Arbeitsgesetzbuch in Ungarn, FES-Hintergrund-Papier, Dezember 2011*).

Die grün-bürgerliche **LMP**, seit April 2010 im ungarischen Parlament vertreten, liegt nach aktuellen Meinungsumfragen im Dezember weiterhin bei einem Stimmenanteil von rund fünf bis sechs Prozent. Die vergangenen 18 Monate der Orban-Regierung sowie eigener parlamentarischer Arbeit haben offenbar nicht geholfen, ihren Wähleranteil auszubauen. Die »stille ungarische Ökopartei« (*Tamas Boros in: FES-Nachrichten aus Ungarn, April 2011*) muss vielmehr befürchten, den Wiedereinzug ins nächste ungarische Parlament zu verpassen – zumal das neue Wahlrecht ab 2012 die Wahlchancen kleiner Parteien deutlich schmälert. Der LMP unter ihrem schillernden Fraktionsvorsitzenden Andras Schiffer fehlt weiterhin ein klares und breites politisches Profil. Auch deshalb sucht sie seit Herbst verstärkt die Nähe zu den neuen gesellschaftlichen Bewegungen, in der Hoffnung von deren Popularität profitieren zu können. Doch insbesondere im Vergleich zur neuen Protestbewegung wirkt die LMP, die in ihrem Namen für eine Politik steht, die »anders sein kann«, heute schon wie ein Teil des politischen Establishments Ungarns. Gleichzeitig gibt sie sich bemüht, ihre Raison d'être als Partei der politischen Äquidistanz sowohl zur Regierungspartei als auch zu den oppositionellen Sozialisten aufrecht zu erhalten. Ein öffentliches Angebot zur Zusammenarbeit in einem linken Oppositionsbündnis gegen Viktor Orban durch den MSZP-Vorsitzenden Attila Mesterházy lehnte Andras Schiffer auf einer FES-Veranstaltung im November (noch) entschieden ab. Eine »technische Koalition« jedoch könne sich der LMP-Fraktionschef durchaus vorstellen, wobei er hier auch die rechtsextreme Jobbik-Partei miteinschloss. Mit seinem wahltaktisch motivierten Kurs des politischen Lavierens stößt Schiffer nicht nur auf völliges Unverständnis bei den Linken, sondern auch auf Kritik in den eigenen Reihen. Auf Dauer, so fürchten LMP-Vertreter, könnte dieser Kurs die politische (Selbst-)Isolierung, wenn nicht das Ende der noch jungen Partei als parlamentarische Kraft bedeuten.

Für die entschiedene Ablehnung Schiffers gegenüber einem Wahlbündnis mit den Sozialisten spricht zumindest die bislang nur ansatzweise erkennbare politische und inhaltliche Erneuerung der **MSZP**. Die von 2002

bis 2010 in einer sozial-liberalen Koalition amtierende Regierungspartei war nach ihrer drastischen Wahlniederlage 2010 vor allem mit internen Machtkämpfen beschäftigt. Im Herbst 2011 änderte sich das Bild. Am 22. Oktober verkündete der ehemalige Ministerpräsident und langjährige Parteichef der MSZP, Ferenc Gyurcsany, öffentlich seinen Austritt aus der Partei. Er begründete seinen Schritt mit der anhaltenden Unfähigkeit der amtierenden Parteiführung unter Attila Mesterházy die MSZP nach ihrer Wahlniederlage im April 2010 personell zu erneuern und programmatisch neu aufzustellen. Mit neun weiteren Abgeordneten verließ Gyurcsany auch die MSZP-Fraktion und beantragte die Gründung einer eigenen Fraktion im ungarischen Parlament. Dazu benötigt er die Zustimmung des (FIDESZ-)Parlamentspräsidenten, der dazu eine Entscheidung innerhalb von sechs Monaten treffen muss. Kurze Zeit später gründete Gyurcsany mit seiner »Demokratischen Koalition« (DK) eine neue liberal-sozialdemokratische Partei, die zur Zeit und noch in der Gründungsphase nach Umfragen mit immerhin bis zu vier Prozent der Stimmen rechnen kann.

Der Schritt Gyurcsanys markiert das Ende eines seit über einem Jahr andauernden Machtkampfs, der die MSZP politisch gelähmt und verhindert hat, das verloren gegangene Vertrauen in der Bevölkerung nur ansatzweise zurückzugewinnen. Trotz der zunehmenden Enttäuschung der Bevölkerung über die Orban-Regierung liegt die MSZP in Umfragen bei zwischen 17 und 22 Prozent der Stimmen und stagniert damit auf dem historisch niedrigen Niveau des Wahltages vom April 2010. Ihre neue Rolle als Oppositionspartei und klare politische Alternative zur Orban-Regierung hat die MSZP durch diese parteiinterne Auseinandersetzung lange Zeit nicht finden können.


Der eigentliche Grund für die fehlende Neuausrichtung der Partei liegt aber in der Person Gyurcsany selbst, der durch die Fehler seiner beiden Amtszeiten (2004 bis 2006 / 2006 bis 2009) zu einer Belastung für seine ehemalige Partei geworden war, dies aber nicht erkennen konnte oder wollte. Mit seinem Versuch, die MSZP zu einer sozialdemokratischen Partei »links von der Mitte« zu reformieren und sie für heimatlos gewordene Liberale und konservative Orban-Gegner zu öffnen, überschätzte er seinen verbliebenen Einfluss in der Partei und gleichzeitig das politisch-persönliche Beharrungsvermögen der alten MSZP-Garde, auf die sich der junge Partei- und Fraktionsvorsitzende Attila Mesterházy

bis heute stützt. Für Mesterházy, der bis zum Sommer integrierend versuchte, Gyurcsany und seinen parteiinternen Reformflügel »Demokratische Koalition« an Bord zu halten, wurde im Herbst der innerparteiliche Druck nach mehreren öffentlichen Alleingängen Gyurcsanys und der anhaltenden Kritik der Orban-Getreuen wie der regierungsfreundlichen Medien an der Person Gyurcsanys zu groß: Mesterházy öffnete im September auf einer Pressekonferenz Gyurcsany die Tür (»Wer gehen will, soll jetzt gehen«) – durch die der Ex-Parteichef dann nur eine Woche später hinausging.

Auf einem Sonderparteitag der MSZP Ende November wurde die Trennung auch offiziell beschlossen, nicht ohne den ausdrücklichen Dank des Parteivorsitzenden Mesterházy an seinen Vor-Vorgänger im Amt, dem er im Namen der Partei ausdrücklich für seine Arbeit dankte. Damit ist das Kapitel Gyurcsany für die amtierende MSZP-Führung beendet und der Weg frei für eine »neue Rollenverteilung« an der Parteispitze. In seiner Parteitagsrede forderte Mesterházy für die MSZP »eine neue Politik, eine neue Struktur und neue Akteure« und bat die alten Parteiführer zukünftig »etwas in den Hintergrund zu treten« und die Neuen in Partei und Fraktion tatkräftig zu unterstützen. Nach Aussagen des Parteichefs soll nach dem Jahr des Aufbaus und der Regelung parteiinterner Fragen 2011, im neuen Jahr die personelle und programmatische Erneuerung der MSZP bis spätestens Ende Mai abgeschlossen werden und danach 2013 ein breites Wahlbündnis zur Ablösung der Orban-Regierung geschmiedet werden.

Ob der Parteiaustritt Gyurcsanys die MSZP tatsächlich »stärker macht als zuvor« und die Richtungskämpfe innerhalb der Partei »ein für allemal« vorbei sind, hängt wesentlich von der politischen Durchsetzungskraft des jungen Parteivorsitzenden selbst ab: die angekündigte Erneuerung der Partei wird für ihn kein Spaziergang, sondern nur in einer voraussichtlich harten Auseinandersetzung mit der taktisch erfahrenen alten Garde möglich. Die Person Ferenc Gyurcsany steht Mesterházy dabei als Entschuldigung für ausbleibende Erfolge nicht mehr zur Verfügung.

Die Trennung von MSZP und DK bedeutet zuallererst, dass im ungarischen Parlament demnächst zwei sozialdemokratische Fraktionen vertreten sein werden, wobei die MSZP-Fraktion mit 49 Abgeordneten nur noch drei Abgeordnete mehr als die rechtsextreme Jobbik-



Partei stellen wird. Auch in den Meinungsumfragen holen die Rechtsradikalen auf. Sie liegen zurzeit bei einem Stimmenanteil zwischen 16 und 20 Prozent und damit gleichauf mit der MSZP. Eine Fortsetzung dieses Trends, der jedoch weniger auf die Spaltung der Linken und mehr auf die wachsende Enttäuschung ehemaliger FIDESZ-Wähler zurückzuführen ist, würde die Jobbik-Partei zur stärksten Oppositionspartei im ungarischen Parlament machen – ein für die weitere demokratische Entwicklung Ungarns alarmierendes Signal, das gleichzeitig eine neue politische Konstellation entstehen ließe, nach der die größte politische Herausforderung für die Orban-Regierung nicht mehr von Links, sondern von rechts außen droht.

Dennoch: die Trennung von Gyurcsany und seinen Anhängern wird von der überwiegenden Mehrheit in der MSZP als ein »Befreiungsschlag« (A. Mesterházy) empfunden. Der nach außen geradezu freundschaftliche Abschied macht eine zukünftige Kooperation der beiden Parteien zumindest nicht unmöglich. Sie wird auch für die MSZP notwendig sein, um bei den nächsten Parlamentswahlen 2014 auch nur eine annähernd realistische

Chance zu haben, die Orban-Regierung in einem breiten Bündnis aus Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberalen, der grünen LMP-Partei sowie der wachsenden außerparlamentarischen Widerstandsbewegungen abzulösen. Aufmerksame Beobachter der ungarischen politischen Szene halten es nicht für ausgeschlossen, dass bis 2014 eine politische Situation entsteht, in der die Orban-Regierung »weder ohne MSZP und LMP noch ohne Ferenc Gyurcsany abgelöst werden kann« (s. dazu *Andras Biro Nagy, Auf getrennten Wegen – die MSZP nach der Spaltung, Perspektive / FES Budapest, November 2011*). Die Aussichten auf ein solches Bündnis für »ein demokratisches, gerechtes und solidarisches Ungarn« (A. Mesterházy) erscheinen zum Jahresende angesichts eines sich eher beschleunigenden linken Wettlaufs und der skizzierten Widerstände und Rivalitäten zwischen allen Anti-Orbanisten jedoch keineswegs gesichert. Lassen die demokratischen Kräfte diese Möglichkeit aber ungenutzt und entziehen sich der Verantwortung zur Zusammenarbeit aufgrund wahltaktischer Zwänge, würde dies vor allem den seit Mitte 2011 wachsenden ungarischen Rechtsextremismus weiter stärken. Dies aber wäre der eigentliche Super-Gau für die ungarische Demokratie.



### Über den Autor

**Heinz Albert Huthmacher** ist Leiter des FES-Büros in Budapest.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationaler Dialog | Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-6 | Fax: ++49-30-26935-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



**ISBN 978-3-86498-043-5**